Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Se. Majestät des Königs von Sachsen.
Schokoladen, Kakaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Hüte jeder Art
Otto Buchholz
Hutfabrikant
28 Annenstr. * Annenstr. 28

Glaswaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6081.

+ Reinigt + das Blut im Mai mit Dr. Brandes Kräuter-Maikur Sarsaparill
bestschmeckendes und wirksamstes Kräutermittel zur Reinigung, Auffrischung des Blutes und der Säfte. Flasche 1 Mark.
Bestandteile: Fr. Kräuterauszug, 150, Sarsaparill 20, Aloewein 10, Pomeranzen 10,
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8.

Orthopädische und Kunst-Korsetts nach neuen praktischen Eigenkonstruktionen hergestellt empfiehlt **Carl Wendschuchs Etablissement** Struvestrasse 11.

Nr. 131. Spiegel: Reichsfinanzreform. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Steuern und Sparsamkeit, Blumenfest, Gewerbevereine, Gerichtsverhandlungen. Riedel-Verein.

Mutmaßliche Witterung: Wärmer, veränderlich.

Mittwoch, 11. Mai 1904.

Reichsfinanzreform und Finanzkonflikt.

Die „kleine Reichsfinanzreform", die lex Stengel, wie sie nach ihrem geistigen Vater, dem Staatssekretär des Reichsschatzamts, benannt worden ist, hat den Reichstag in dritter Lesung glatt passiert und wird nun also in der Form, die ihr in zweiter Lesung gegeben wurde, Gesetz werden. Es ist nicht gerade viel, was nach der vom Reichstage vorgenommenen Beschneidung des so wie so nicht sehr üppig gewachsenen Finanzreformkrautes übrig geblieben ist, und verwöhnte Ansprüche vermag der bescheidene Rest sicher nicht zu befriedigen. Wo wäre aber wohl der Finanzminister zu finden, der in den heutigen kritischen Zeitläuften sich rühmen dürfte, mit einem Schlage alles bewilligt zu erhalten, was er verlangte? Wenn irgendwo die Regel gilt, daß etwas besser als nichts ist, so ist das in finanzpolitischen Dingen der Fall, und der Freiherr v. Stengel hat daher auch durchaus vernünftig gehandelt, wenn er es vermied, den Bogen zu überspannen, und sich gegenüber den ursprünglichen weitergehenden Forderungen der Vorlage mit den Brosamen begnügte, die schließlich vom Tische des Reichstags abfielen und von der „regierenden Partei" mit herablassender Gönnermiene dem Leiter der Reichsfinanzen zur Verfügung gestellt wurden. Die lex Stengel in ihrer ursprünglichen Gestalt wollte vor allen Dingen das lästige Hinundherschieben der Matrikularbeiträge und der gemeinschaftlichen Einnahmen zwischen Reich und Einzelstaaten verhindern und nur einen wesentlich geringeren Teil der Reichseinnahmen als bisher den Einzelstaaten überweisen, um auf der anderen Seite dementsprechend auch die Matrikularumlagen zu ermäßigen; zugleich sollten die Einzelstaaten der Regel nach vor baren Herauszahlungen an das Reich bewahrt bleiben durch eine Bestimmung, die den Ausgleich zwischen Matrikularumlagen und Ueberweisungen festsetzte. Das war alles sehr vernünftig und beifallswürdig, paßte indessen dem Zentrum nicht in den Kram, weil dieses in seinem geschwollenen Machtbewußtsein keine derartige Maßregel gutheißen wollte, die nicht den Stempel der ultramontanen Finanzfabrik trug. Es wurde deshalb von den finanziellen Zentrumsgrößen in ihrem Sinne an dem Entwurf herumgedoktert, und so kam denn der jetzige Torso zu stande, freilich nicht, ohne daß Freiherr v. Stengel genötigt gewesen wäre, vorher nochmals in beweglichen Tönen und unter elegischen Rücktrittsdrohungen die Huld und Gnade der Zentrumspartei anzuflehen. Das rührte die harten schwarzen Herzen, sodaß sie am Ende eine Einschränkung der Franckensteinschen Klausel und die Verwendung der Ueberschüsse zur Schuldentilgung dem Reichsschatzsekretär bewilligten. Abgelehnt wurde dagegen der Hauptvorschlag des Entwurfs, der dahin ging, daß zur Sicherung der Bundesstaaten gegen Herauszahlungen an das Reich der budgetmäßige Betrag der von den Einzelstaaten aufzubringenden Matrikularbeiträge in der Regel — d. h. von ganz außergewöhnlichen Bedarfsfällen in Zeiten schwerer Krisen usw. abgesehen — den Betrag der von ihnen in den fünf Vorjahren durchschnittlich empfangenen Ueberweisungen nicht übersteigen sollte. Die beschlossene Aenderung der Franckensteinschen Klausel gipfelt darin, daß die 130 Millionen Mark überschreitenden Erträge aus den Zöllen und der Tabaksteuer nicht mehr, wie bisher, den Einzelstaaten zufließen, sondern dem Reiche verbleiben. Als Ueberweisungssteuern gelten künftig nur die Branntweinverbrauchsabgabe, die Reichsstempelabgabe, die Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer. Das hat zur Folge, daß die Summe der zwischen Reich und Einzelstaaten hin und her zu schiebenden Millionen sich von 600 auf 200 vermindert, wodurch ja immerhin eine Vereinfachung des bisher so unerträglich verwickelten Mechanismus der Reichsfinanzgebarung erzielt wird. Dagegen wird das Damoklesschwert ungedeckter Matrikularbeiträge nach wie vor über den Häuptern der einzelstaatlichen Finanzminister schweben und den Schlaf von ihrem Lager scheuchen, und dieser Mißstand ist gerade empfindlich genug, um die bescheidene Freude, die man an der durch den geretteten Rest der Vorlage bewirkten Klärung der Reichsfinanzlage haben könnte, wesentlich herabzumindern.

Eine weitere erhebliche Dämpfung erfährt überdies die Wertschätzung des durch die lex Stengel Erreichten durch den Umstand, daß gleichzeitig von der Reichstagsmehrheit ein recht unfreundliches Attentat auf die einzelstaatlichen Finanzen verübt worden ist, indem die ungedeckten Matrikularbeiträge um 17 Millionen gegen den Voretat erhöht wurden. Darüber ist ein richtiger Finanzkonflikt zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage ausgebrochen. Wiederholt hatten die verbündeten Regierungen in den letzten Jahren mit dem größten Nachdruck betont, daß 24 Millionen Mark an ungedeckten, also nicht durch Ueberweisungen sichergestellten Matrikularbeiträgen die äußerste Grenze der Belastungsmöglichkeit der Einzelstaaten darstellten und daß hierüber keinesfalls hinausgegangen werden dürfe. Infolgedessen ist zur Vermeidung einer Erhöhung der ungedeckten Matrikularumlagen über die bezeichnete Summe hinaus in den beiden letzten Etats zu dem Auskunftsmittel einer sogenannten Zuschußanleihe gegriffen worden, durch die ein Teil der Ausgaben des ordentlichen Etats aus Anleihemitteln gedeckt wurde, also ein ganz regelwidriges Verfahren, das eben nur durch die zwingendste Notlage zwecks vorübergehender Aushilfe gerechtfertigt werden konnte. Auch dieses Mal war im Etat wiederum eine Zuschußanleihe in Höhe von 17 Millionen Mark vorgesehen worden. Der Reichstag machte aber durch diese Rechnung einen Strich und schrieb die 17 Millionen kurzer Hand den Matrikularumlagen zu, so daß die Einzelstaaten nunmehr 24 + 17 = 41 Millionen Mark bar an das Reich herauszahlen müssen. Die Einzelstaaten dienten dabei förmlich als politische Prügelknaben; die Ultramontanen sagten: „Das ist für den Mangel an Jesuitenfreundschaft!", die Konservativen: „Für die Nichtkündigung der Handelsverträge!", die Sozialdemokraten: „Für den Mangel an Begeisterung für das allgemeine Wahlrecht!", und selbst die Nationalliberalen schüttelten sich mit einem tiefempfundenen theoretischen „Brr!" vor dem Gedanken einer Zuschußanleihe, die nochmals „unter keinen Umständen" bewilligt werden könne. So mußten denn die Einzelstaaten büßen und die 17 Millionen blieben an ihnen hängen. Allerdings werden ja diese 17 Millionen auf die einzelnen Staaten nach dem Verhältnis ihrer Kopfzahl verteilt, und was nach diesem Maßstabe auf Preußen und die reichen Hansestädte entfällt, mag dort kaum empfunden werden. Anders liegt aber die Sache mit den Mittelstaaten, Sachsen, Württemberg und Baden, und vollends mit den kleinen Staaten, die wie die thüringischen bereits ausgepreßten Zitronen ähneln und schlechtweg nicht mehr in der Lage sind, ihre direkte Steuerschraube für Reichszwecke noch schärfer anzuziehen.

Die Vertreter aller dieser Einzelstaaten im Bundesrate machten denn auch förmlich gegen den gedachten Beschluß der Budgetkommission in der Plenarberatung zweiter Lesung mobil. Es war eine höchst eindrucksvolle Kundgebung, die ersichtlich der dringendsten finanziellen Notlage entsprang, aber gleichwohl den Reichstag nicht zur Aenderung des drohenden Unheils bestimmte. Am schärfsten war die Haltung des bayrischen Bevollmächtigten. Er erklärte unumwunden, wenn der Beschluß aufrecht erhalten bleibe, so werde in Bayern unvermeidlich die Reichsverdrossenheit wachsen, und fügte die sicher beachtenswerte Voraussage hinzu, ein solches Vorgehen des Reichstags werde die Frage nach Schaffung neuer Einnahmequellen unbedingt in den Vordergrund drängen. „Es wird beim nächsten Budget," so rief der Bevollmächtigte der bayrischen Regierung dem Hause zu, „unbedingt dafür gesorgt werden müssen, daß neue Einnahmequellen dem Reiche als eigene Einnahmen zur Verfügung stehen." Die „Berl. N. N." sind der Meinung, daß man es hier „mit einem der ernstesten Gegensätze zwischen den beiden Faktoren der Reichsgesetzgebung zu tun habe, die je in die Erscheinung getreten seien", und die vielfach offiziös bediente Münchener „Allg. Ztg." richtet an leitender Stelle unmittelbar vor der entscheidenden dritten Lesung des Etats einen eindringlichen Appell an die streng national gesinnten Parteien, um sie noch in letzter Stunde zur Umkehr zu bewegen. Zugleich gibt das Münchener Blatt die in ihrer Art ja gewiß höchst erfreuliche Versicherung ab, die jetzt gemachte Erfahrung werde, einerlei ob der Konflikt noch einen Ausgleich finde oder nicht, in jedem Falle zur Folge haben, daß die verbündeten Regierungen an die große Frage der Reichsfinanzreform — d. h. im Sinne der gänzlichen Beseitigung der Matrikularumlagen und Ueberweisungen — mit ganz anderem Nachdruck als bisher herantreten würden. Wenn's nur gründlich hilft!

Neueste Drahtmeldungen vom 10. Mai.

Zum Herero-Aufstand.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Zahl der berittenen Truppen in Südwestafrika soll, wie man in militärischen Kreisen wissen will, um etwa 2000 Mann erhöht werden. Das Pferdematerial soll ausschließlich aus Ostpreußen bezogen werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Ein in Südwestafrika befindlicher Berichterstatter hat unterm 8. d. M. aus Windhuk gemeldet, der Gouverneur Oberst Leutwein sei entschlossen, sogleich nach Uebergabe der Geschäfte an den Generalleutnant v. Trotha nach Deutschland zurückzukehren. Wir halten diese Meldung für durchaus falsch, denn sie steht in unlösbarem Widerspruch mit Erklärungen, die Oberst Leutwein aus freien Stücken seinen vorgesetzten Behörden abgegeben hat.

Zum russisch-japanischen Krieg.

Petersburg. Nach einem eigenen Bericht der Russischen Telegraphenagentur aus Mukden von heute früh 7 Uhr wäre in der vorigen Nacht die Eisenbahnverbindung zwischen Mukden und Port Arthur wiederhergestellt worden. Eine amtliche Bestätigung für diese Meldung liegt jedoch nicht vor. — Der Korrespondent der Russischen Telegraphenagentur in Mukden telegraphiert vom heutigen Tage: Die Nachricht, daß die Japaner Dalny genommen haben, ist falsch.

Petersburg. (Priv.-Tel.) In der Kassenverwaltung des russischen Roten Kreuzes wurden Unterschlagungen entdeckt. Der Hauptschuldige, General Schwedow, ein Günstling der Kaiserin-Witwe, hat über 1 Million Rubel im Börsenspiel verloren, die er aus der Kasse entnahm. Um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden, soll die Kaiserin aus eigenen Mitteln die Verluste gedeckt haben. — Infolge der allgemeinen russischen Mobilisierung haben sich im Auftrage des Kriegsministeriums zahlreiche Agenten nach dem Auslande begeben, um bedeutende Pferdeankäufe für Rußland vorzunehmen.

London. (Priv.-Tel.) „Daily Chronicle" meldet aus Tschifu: Zwei Züge, welche am Sonnabend Niutschwang verließen, um nach Port Arthur zu gehen, mußten umkehren, da die Japaner auf die Züge Feuer gaben. Eine Dame wurde hierbei verwundet.

Paris. (Priv.-Tel.) Der „Matin" meldet aus Petersburg: Der Generalstab dementiert eine angebliche neue Beschießung von Wladiwostok, wobei der Kreuzer „Rurik" in den Grund gebohrt sein sollte. — Wie verlautet, hätten die Japaner Niutschwang bereits besetzt. Wie es heißt, ist Kuropatkin nach Niutschwang zurückgekehrt, wo er einen Angriff der Japaner unter Kuroki erwartet. Kuropatkin hat außerdem verschiedenen Regimentern neue Positionen angewiesen und hat sich auf einen hartnäckigen Widerstand eingerichtet. — Der Zar hat die Absicht, verschiedene finländische Regimenter nach dem Kriegsschauplatze zu entsenden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der dritten Lesung des Reichshaushalts-Etats, und zwar zunächst Etat des Reichsamts des Innern. — Abg. Trimborn (Zentr.) nimmt auf Grund besserer Informationen den früheren, gegen die Westdeutsche Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft erhobenen Vorwurf zurück, daß sie nicht genügend für ihre Beamten sorge. — Abg. Lipinski (Soz.) verlangt weitere gesetzgeberische Schutzmaßnahmen zu Gunsten der Handlungsgehilfen. Ueber die Einhaltung des Ladenschlusses sei die Kontrolle ungenügend, und die Uebertretungen infolgedessen zahlreich. Ein Gehilfe, der eine solche Uebertretung angezeigt habe, sei vom Prinzipal entlassen worden, und der Gerichtshof habe das gebilligt, weil in solcher Anzeige ein Vertrauensbruch gegenüber dem Prinzipal liege. Auch die Ruhezeitstunden und andere Vorschriften würden übertreten. — Abg. v. Riepenhausen (kons.) schildert, wie sich auf Rügen und Neu-Vorpommern das bis vor zwei Jahren bestandene gute Verhältnis im Baugewerbe zwischen Arbeitgebern und Maurern infolge sozialdemokratischer Verhetzung verschlechtert habe. Die Gesellen verlangen jetzt Sonderrechte gegenüber den Meistern. Niemand wolle mehr Akkordarbeit machen. Als Redner u. a. äußert, Bebel sei gestern für die schwarze und gelbe Rasse eingetreten, unterbricht ihn Präsident Graf Ballestrem mit dem Bemerken, die gelbe und die schwarze Rasse habe mit dem Reichsamt des Innern nichts zu tun. (Heiterkeit.) Abg. v. Dirksen (Reichsp.) dankt dem Bundesrat für seine Maßnahmen gegen den internationalen Mädchenhandel. — Abg. Brejski (Pole) trägt verschiedene Beschwerden über den Magistrat von Thorn vor, u. a. über dessen Einschreiten gegen die Innungen, als diese ihre Versammlungen auch in polnischer Sprache bekannt machten. Diese Politik der Nadelstiche sei kleinlich. — Abg. Racken (Zentr.) dankt dem Staatssekretär dafür, daß er durch Empfangen einer Deputation die Frage der Privatbeamten-Versicherung um einen Schritt gefördert habe, und legt dann die Notwendigkeit einer solchen Versicherung dar. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Was die internationale Bekämpfung des Mädchenhandels anlange, so werde darüber durch Vermittlung des Auswärtigen Amts verhandelt. Es handle sich dabei einmal um Anschluß der Regierungen an eine Zentralstation, zweitens darum, ob die Beschlüsse des Pariser Kongresses zur Bekämpfung des Mädchenhandels überhaupt ausführbar seien. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Was die von einem Vorredner berührte neue Handwerker-Enquete betreffe, so würden schon in diesem Sommer die Fragebogen ausgeschickt, und in den nächsten Etat werde eine entsprechende Summe eingestellt werden. Die Beschwerden Brejskis über Thorner Verhältnisse gehören vor die preußischen Behörden, nicht hierher. (Sehr richtig!) Brejski habe auch bemängelt, daß verschiedentlich in Westpreußen und Posen Invalidenrentenfestsetzungen rückgängig gemacht worden seien. Dazu habe aber tatsächlich Grund vorgelegen. Es sei festgestellt, daß unzweifelhaft Renten erschlichen und ungesetzlich verlangt und erlangt worden seien. Es seien Simulationen vorgekommen, gewerbsmäßig, von unlauteren Elementen. Es sei auch auffallend, wie in Westpreußen und Posen die Zahl der Invalidenrenten seit 1900 sprungweise zugenommen habe. Was endlich die Privatbeamten-Versicherung betreffe, so werde das von den Privatbeamten gesammelte Material im Reichsamt des Innern bezw. im Reichsstatistischen Amte gesichtet werden. Sei das geschehen, so sei darüber eine Denkschrift zu erwarten. Bei der nächsten Gewerbe- und Berufszählung werde festgestellt werden, wie viele Privatbeamte es eigentlich gebe. — Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) fragt, was an dem Gerede wahr sei, daß eine Geheim-Enquete über Prügeleien von Arbeitern untereinander stattgefunden habe. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Das ist eine absolute Ente! — Abg. Lettmann (Wirtschaftl. Vereinig.) verbreitet sich über die sozialpolitischen Lasten des Handwerks. — Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt einer Aeußerung des Vorredners gegenüber, er habe nicht gesagt, daß das Handwerk dem Absterben nahe sei; er habe nur gesagt, daß dem Handwerkerstande mit dem allgemeinen Befähigungs-Nachweis nicht zu helfen sei, und diese Ansicht teile er mit dem ganzen preußischen Staatsministerium. An Einführung des allgemeinen Befähigungs-Nachweises sei nicht zu denken. Was die sozialpolitischen Lasten anlange, so werde der Bundesrat von allen Seiten gedrängt, in der Sozialpolitik nicht nachzulassen, und auf der anderen Seite klage man wieder über zu große sozialpolitische Lasten. Frei könne doch die Zeche nicht sein, einer müsse bezahlen! — Abg. Horn (Soz.) verbreitet sich über die Lage der Glasarbeiter. — Abg. Prinz Carolath (nat.-lib.) befürwortet Aufbesserung der Lage der Assistentinnen bei den Gewerbe-Inspektionen und wünscht dann noch weitere Anstellung von Assistentinnen. — Abg. Pachnicke (freis. Vereinig.) empfiehlt eine von ihm eingebrachte, auch von konservativen, reichsparteilichen und nationalliberalen Abgeordneten mitunterzeichnete Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, bei der Verteilung des Fonds zur Unterstützung der deutschen Kunst beide Zentralorganisationen der deutschen Künstlerschaft zu berücksichtigen. Er selbst und seine Freunde bewilligten jedenfalls diesen Fonds nur, wenn bei Verwendung desselben für alle Kunstrichtungen Parität stattfinde. Der Staat dürfe dabei keineswegs einseitig verfahren. Es komme der Künstlerschaft nicht auf Ziffern an, sondern auf das Prinzip. Die Künstler müßten wieder das Bewußtsein erlangen, daß keine Richtung vor der anderen bevorzugt werde. Er bitte, in erster Linie seine Resolution anzunehmen, sei aber auch mit einer inzwischen vom Zentrum beantragten anderweiten einverstanden. — Abg. Kirsch (Zentr.)

Friedrich & Glöckner, streichfr. Oelfarben, Lacke, Firnisse, Schnellfr.-Farben, ges. gesch. Detail-Verkauf: Neu eröffnet: Filiale Striesen, Tittmannstrasse 13 b